Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

X.

J'accuse!

Ich Klage An!

Friedrich Adler's grosse Rede vor Gericht

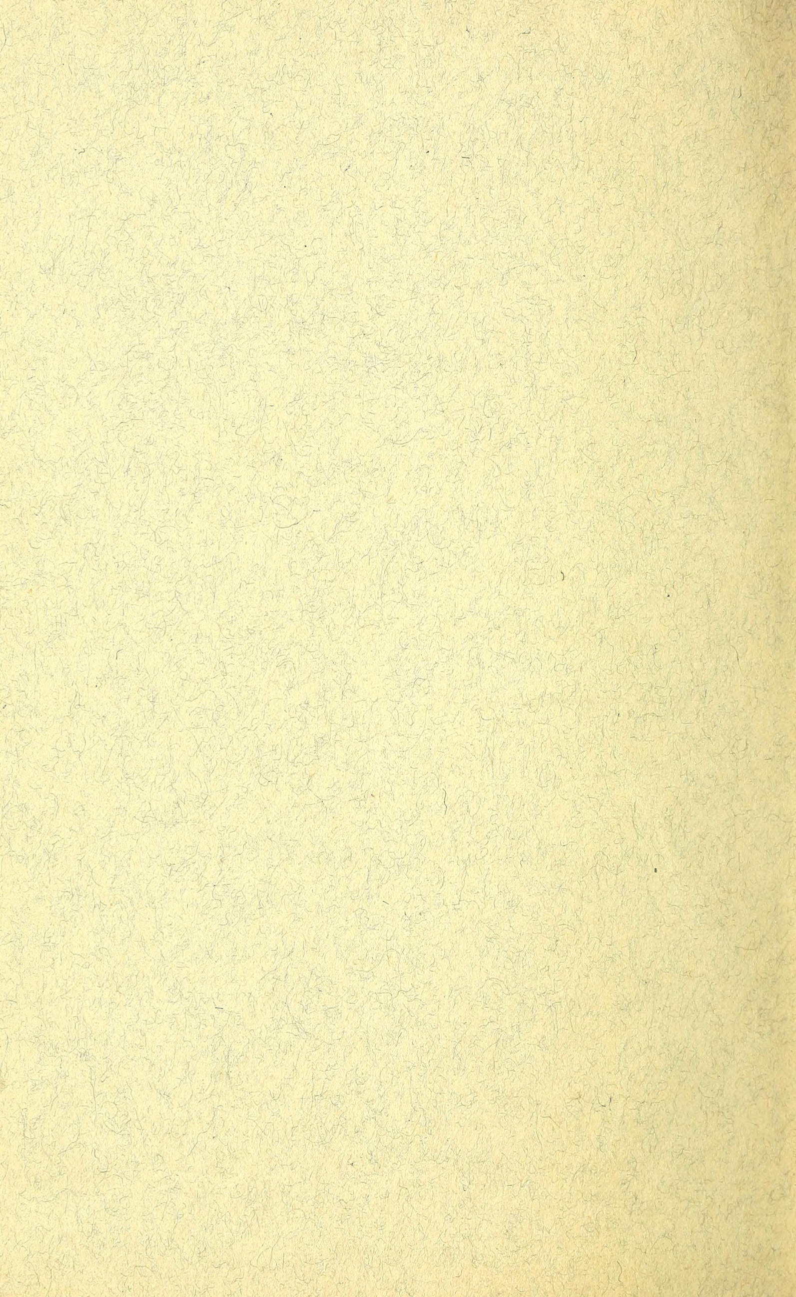
great speech before the court.

Preis: 10 Cents

Published by the German Language group of the Socialist Party of the U.S.

Herausgegeben von der Deutschen Sprachgruppe der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten

803 West Madison Street, Chicago, Ill.



Friedrich Wolfgang Adler

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

X.

Ich Klage An!

Friedrich Adler's große Rede vor Gericht

Preis 10 Cents

Herausgegeben von der Deutschen Sprachgruppe der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten
803 West Madison Street, Chicago, Ill.

Vorrede

True translation filed with the postmaster of New York, N.Y., on April 19th, 1918, as required by the act of Oct. 6, 1917.

Der Revolverschuß, der im September des Jahres 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh niederstreckte, weckte ein lautes Echo in der ganzen Kulturwelt. Denn er, der gefallen, gehörte zu jener kleinen Bande von Verbrechern, die das Signal zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben, und der ihn gefällt, war einer von denen, auf die das internationale Proletariat gehofft, von denen es in der Zukunft dereinst viel erwartete. Und daher mischte sich in die Genugtuung darüber, daß wenigstens einen der Hauptschurken die Richterhand erreicht hatte, der Schmerz darüber, daß Friedrich Adler der revolutionären Internationale verloren gehen sollte.

Die Zeit schreitet jedoch über diese kleinlichen Bedenken der Menschen hinweg. Sie läßt das Wesentliche an den Ereignissen hervortreten und macht das Unwichtige, das Persönliche unsichtbar. Und daher sehen wir heute auch nur noch die Früchte, die Adler's entschlossene Tat gezeitigt. Drei Wochen nach der Beseitigung des selbst für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich reaktionären Grafen Stürgkh berief die Regierung die Parteiführer zu einer Konferenz zusammen und erklärte sich zur Einberufung des Parlaments bereit.

Das Parlament wurde zusammenberufen, und seitdem tagt es mit den üblichen Unterbrechungen. Oesterreich-Ungarn besitzt nun wieder, wenigstens dem Scheine nach,

eine Art Volksregierung; die Stimme des Volkes gelangt zwar nur schwächlich und im Tone nationaler Sozialpatrioten zum Ausdruck, aber auch das ist noch immer besser als die vordem allein vorhandene Regierung mittels des Paragraph 14.

Die Deutsche Sprachgruppe entschloß sich zur Herausgabe dieser vorzüglichen Rede, weil diese eine Anklage von denkbar größter Wucht darstellt. Und das nicht nur gegen das verrottete österreichische Regierungssystem, sondern in erster Linie gegen die verräterische Haltung der Regierungssozialisten.

Friedrich Adler, den das Ende des Krieges hoffentlich wieder in unserer Mitte finden wird, hat sein Teil für die Erweckung der gleichgültig dahinvegetierenden Arbeiter getan. Jetzt ist es an uns, ihm nachzustreben.

Die Deutsche Sprachgruppe
der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten.

Ich klage an!

Ich bin in erster Linie gezwungen, der Legende, die sich um meine Person gebildet hat, entgegenzutreten. Ich war mir von allem Anfang an vollständig klar, daß man zuerst sagen werde, ich hätte diese Tat in unzurechnungsfähigem Zustand begangen. Ich mußte darauf gefaßt sein, daß die ganze Presse schreiben werde, daß

„einzig nur ein Irrsinniger“

es ist, der so etwas tun könne, während die ganze übrige Bevölkerung mit dem Regime des Grafen Stuergkh einverstanden sei. Und ich war auch darauf gefaßt, daß die Presse der Regierungssozialisten in Oesterreich wie in Deutschland mich zunächst abzutun suchen wird als einen, der den Verstand verloren hat, und ich habe jetzt, nachdem ich Gelegenheit hatte, den Berliner „Vorwärts“ zu Gesicht zu bekommen, lesen können, daß dieser unter der großen Ueberschrift „Die Tat eines Wahnsinnigen“ darüber berichtet hat. Es war damals der „Vorwärts“ schon mit jener Redaktion bedacht, die nicht den Arbeitern, sondern der Regierung genehm ist. Ich war selbstverständlich darauf gefaßt, daß auch die „Arbeiterzeitung“ versuchen wird, alle psychologischen Momente anzuführen, um es so darzustellen, als ob ich nicht voll bei Verstand gewesen wäre.

Die Situation hat sich, als nach acht Tagen eine neue Regierung kam, sehr gewendet. Und wenn man den Umschlag überblickt, der nun eintrat in dem, was man über die Regierung Stuergkh geschrieben hat damals, und in dem, was acht Tage später geschrieben wurde, so ist der Unterschied frappant, und es ist schon ein gewisses Verständnis in der Bevölkerung und in der Presse zum Ausdruck gekommen, daß es nicht ein Irrsinniger sein muß, der sich mit den österreichischen Verhältnissen nicht einverstanden erklärt. Ich habe im Verlaufe der Untersuchungshaft einen heftigen Kampf darüber zu führen gehabt, um diese meine Zurechnungsfähigkeit zu beweisen. Ich konnte nicht hindern, daß

mein Verteidiger es als seine Amtspflicht ansah, gegen die erste Anklageschrift, die zu dem Ergebnis kam, daß die Nervenärzte meine Zurechnungsfähigkeit außer Zweifel gestellt haben, Einspruch zu erheben, und ein Fakultätsgutachten über meinen Geisteszustand eingeholt wurde. Ich möchte darum von allem Anfang an erklären, daß ich keine Verantwortung übernehme für das, was der Verteidiger hier sagt, und entschlossen bin, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, wenn der Verteidiger es versuchen sollte, dieses Moment hier vorzubringen. Der Verteidiger mag die Pflicht haben, für die Erhaltung meines Lebens zu sorgen, aber ich habe die Pflicht, für meine Ueberzeugungen einzutreten, die mir viel heiliger sind als die Frage, *ob ein Mensch in Oesterreich während des Krieges mehr aufgehängt wird.* Es handelt sich mir um eine ernstere Sache als die, mit der sich mein Verteidiger hier beschäftigt. Ich möchte also von vornherein sagen: ich habe die Tat nicht in Geistesumnachtung begangen, sondern mit vollster Ueberlegung, ich habe sie durch anderthalb Jahre bedacht, nach allen Richtungen und Konsequenzen hin; es ist also nicht eine Tat, die aus dem Augenblick hervorgegangen ist, sondern eine ganz klar überlegte Tat. Ich habe die Tat vollbracht in dem vollkommen klaren Bewußtsein, daß damit mein Leben abgeschlossen ist. Als ich im Oktober dieses Haus betrat, war ich überzeugt, daß ich es nicht lebend verlassen werde. Ich war überzeugt, daß es nach der damaligen politischen Situation nur ein Ende geben kann und daß der Gerichtshof, vor den ich gestellt werde, kein anderes Urteil fällen kann als meine Verurteilung zum Tode durch den Strang. Und so bitte ich Sie, soviel Sie auch von mir zu hören haben werden, überzeugt zu sein, daß ich kein Wort sagen werde, um Sie von dem einzigen Urteil abzubringen, das Sie fällen können — als Ausnahmegericht. Ich bin allerdings überzeugt, daß wenn die Bank hier in diesem Saale, in dem nur der Name an die Rechtsinstitution erinnert, tagen sollte, dann vielleicht die Möglichkeit wäre, daß ich mit einem anderen Urteile wegkommen könnte. Ich überschätze keineswegs die Institution der Geschworenengerichte, aber ich halte es doch für möglich, daß das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes von Leuten, die nur nach ihrem Gewissen zu urteilen haben,

hier zum Ausdruck kommen könnte, während Sie zu dem Zwecke eingesetzt sind, damit nicht nach dem Gewissen geurteilt wird, sondern nach dem kalten Buchstaben des Gesetzes. Ich gebe mich also keiner Täuschung darüber hin, und es fällt mir keineswegs ein, etwa den Versuch machen zu wollen, dieses Urteil zu erschüttern, sondern ich will alles tun, um klarzumachen, daß es kein anderes Urteil geben kann.

Ich möchte nun zunächst auf jene Stilübung der Staatsanwaltschaft eingehen, die man uns als Anklageschrift vorgelesen hat. Als man mir das zum erstenmal im November vorlas, mußte ich direkt auflachen bei der Stelle, in der es heißt: „Die Verwerflichkeit des Mordes als politisches Kampfmittel kann bei Gesitteten, kann in einem geordneten Staatswesen nicht Gegenstand der Erörterung sein." Der Staatsanwalt hat es sich wirklich außerordentlich leicht gemacht. Er geht über das wirkliche Problem mit dem Satze hinweg, indem er die Voraussetzung einschiebt. Ich bin mit dem Staatsanwalt einverstanden, daß in einem geordneten Staatswesen wirklich der Mord kein politisches Kampfmittel sein kann. Die Voraussetzung aber, die hier zu prüfen ist, ist die Frage, ob wir in einem geordneten Staatswesen leben. Und da nun bekommt die ganze Sache einen anderen Charakter. Ich will auf die Frage, ob unsere Herrschenden Gesittete sind, nicht eingehen, das ist ein moralisches Urteil, sondern will die ganz konkrete Frage erörtern, ob wir uns in einem gesitteten Staatswesen befinden. Aus dieser Frage resultiert für mich die moralische Rechtfertigung, den Mord als politisches Kampfmittel zu verwenden. Ich kann das ganze Problem der Ungeordnetheit, der wahren Anarchie Oesterreichs, hier nicht aufrollen. Ich werde später auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit, soweit sie das Parlament betrifft, noch zurückkommen. Hier möchte ich aber, gleich im Anschluß an jene Worte, die der Verteidiger in seinem Antrage vorgebracht hat, anknüpfend, ruhig und sachlich einen Punkt hervorheben, in dem für mich begründet ist

die Rechtfertigung für mich selbst und für meine Tat.

Ich möchte sagen, daß allein das Stattfinden derartiger Prozesse, wie dieser ist, jede Gewalttat gegen die Herrschen-

den in Oesterreich rechtfertigt. Schon allein dieser Prozeß ist für mich wie alle derartigen Prozesse die moralische Rechtfertigung, und ich möchte nur kurz, da ich auf alle Details nicht eingehen kann, darauf aufmerksam machen, daß gerade der Zustand der Justiz in Oesterreich es war, was von Kriegsbeginn an auf das empfindlichste auf mich gedrückt hat, in mir immer das Gefühl der verletzten Ehre, der Schande, ein Oesterreicher zu sein, hervorgerufen hat. Ich werde Ihnen zeigen, daß das Ministerium Stuergkh-Hochenburger bereits am 25. Juli 1914 eine kaiserliche Verordnung über die Schwurgerichte erlassen hat, die den Verfassungsbruch einleitete, an demselben Tage, an dem die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen wurden; und diese Verordnung stellt bereits einen wirklichen Staatsstreich dar. Ich gedenke diesen Kampf zwischen Absolutismus und Demokratie hier keineswegs in allen Phasen darzustellen, denn ich habe so viel zu sagen, daß ich dazu die physische Möglichkeit nicht habe. Ich möchte nur andeuten, daß das Institut der Schwurgerichte aus der Revolution des Jahres 1848 hervorgegangen ist, daß es eine Errungenschaft gegen den Absolutismus gewesen ist und daß, als die Verfassung im Jahre 1851 sistiert wurde, der Absolutismus ganz offen erklärte: die Institution der Schwurgerichte ist aufzuheben. Die Frage der Schwurgerichte war immer seit 1848 in Oesterreich der Gegenstand des Kampfes zwischen Demokratie und Absolutismus. Es ist das gewissermaßen das Thermometer der Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich, ob Schwurgerichte sind oder nicht. Während man aber 1851, als die Gegenrevolution siegte, den nackten Absolutismus mit voller Klarheit wieder einführte, und den Mut hatte, zu sagen: „Wir beseitigen die Verfassung", versteckt man sich heute hinter Verordnungen, von denen man behauptet, sie hätten provisorische Gesetzeskraft, die sie nicht haben. Ich möchte Ihnen die Lage, in der wir uns in Oesterreich durch das Regime Stuergkh-Hochenburger befinden, klarmachen an einem Beispiel der Verordnungen, die am 25. Juli 1914 erlassen wurden, womit Zivilpersonen, die sich strafbarer Handlungen schuldig machen, der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden. Das war schon damals eine der aufklärendsten Dinge für mich, und ist es durch die ganze Kriegszeit stärker geworden. Wenn Sie sich

diese beiden Verordnungen ansehen, so ist darin alles begründet, was man in Oesterreich seit Beginn des Krieges getan hat. Man hat dafür alle möglichen Ausreden bei uns. Es seien sehr viele Schwierigkeiten durch die Nationalitätenfrage vorhanden, die andere Länder nicht hätten u. s. w. Was solle denn eine Regierung tun, wenn es mit dem Parlament nicht geht? Es bleibe nichts übrig, als das Parlament beiseite zu stellen. Aber es hat sich dann später gezeigt, daß es nur eine faule Ausrede war, um mit dem § 14 regieren zu können. Es hat niemand gegeben, der das Parlament so absichtlich zugrunde gerichtet hat, als den Grafen Stuergkh, der das kommen sah, was dann gekommen ist. Das ist kein Gegenstand der Diskussion. Es ist nicht gerade eine sehr starke Bekräftigung der Möglichkeiten dieses Staates, wenn man sagt, er ist nur absolutistisch möglich. Aber was am 25. Juli 1914 geschehen ist, hängt nicht mit den schwierigen politischen Fragen zusammen, sondern damit, daß man bereits vor der Kriegserklärung an Serbien die Kriegserklärung gegen die Völker in Oesterreich beschlossen hat; daß man entschlossen war, die Verfassung als einen Fetzen Papier zu betrachten und ohne Scham über alles hinwegzuschreiten, was in Oesterreich Gesetz und Recht ist.

Ich kam mit meinem Delikt vor dieses Forum. Es sind aber eine Menge von Delikten, die nach dem Gesetz — wie mein Delikt — den Geschworenengerichten zugewiesen sind und die auch durch die Aufhebung der Geschworenengerichte nicht vor dieses Forum, vor dem ich jetzt stehe, gekommen sind. Diese Delikte, alle politischen Vergehen, Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe, alle Delikte, für die die Schwurgerichte eigentlich eingesetzt wurden, wurden mit einer kaiserlichen Verordnung am 25. Juli 1914 der k. k. Landwehrgerichtsbarkeit überwiesen. Und das ist nun eines der merkwürdigsten Dinge, die geschehen sind; denn diesmal ist es nicht, wie wir das durch anderthalb Jahrzehnte schleichenden und versteckten Staatsstreiches erlebt haben, ein heuchlerisches Sichverstecken, sondern es war zum erstenmale

ein offener Staatsstreich,

der in Oesterreich gewagt wurde. Das Gesetz läßt zu, daß

während einer Mobilisierung, eines Krieges oder bei unmittelbarer Gefahr eines Krieges das Gesamtministerium durch Verordnungen die der Zivilstrafbarkeit unterstehenden Personen wegen Verbrechen wie der Spionage der Landwehrgerichtsbarkeit zuweisen kann; entsprechend der neuen Militärstrafprozeßordnung, die im Jahre 1912 erlassen wurde, ist auch eine vollkommen gesetzmäßige Verordnung erschienen. Diese Delikte sind durch Verordnung des Gesamtministeriums ordnungsgemäß dem Landwehrgericht überwiesen worden. Das entspricht den gesetzlichen Grundlagen. Man hat aber außerdem die gesamten politischen Delikte, die nicht darin vorgesehen sind, auch der Landwehrgerichtsbarkeit zugewiesen, und da können Sie nun den Unterschied zwischen Gesetz und Absolutismus sehen. Die Verordnung über die Delikte der Spionage, Werbung u. s. w. war gesetzlich. Die § 14-Verordnung über die andern Delikte war ein Staatsstreich. Beide sind vom Gesamtministerium unterschrieben. Der Unterschied war nur der, daß die § 14-Verordnung auch die Unterschrift des Kaisers trägt und im Anhang die Formel hat: Auf Grund des § 14, was natürlich vollkommen dem § 14 widerspricht, weil dieser eine Aenderung des Staatsgrundgesetzes nicht zuläßt. Aber bereits damals, bei Ausbruch des Krieges, wurde durch einen nackten Verfassungsbruch die Zivilbevölkerung bezüglich aller politischen Delikte vor das Landwehrgericht gebracht.

Es ist das gewissermaßen eine Ehrenerzeigung des Absolutismus für Sie, daß man offenbar der Ziviljustiz heute nicht mehr den Geist Holzingers zutraut, daß man alle politischen Delikte vor Senate bringen mußte, vor Herren, deren Verläßlichkeit unbedingt verbürgt ist. Denn Sie, meine Herren, opfern Ihre moralische Persönlichkeit und verteidigen die Front gegen den inneren Feind in dem Bewußtsein, daß Sie dadurch Ihre körperliche Existenz vor dem Zusammentreffen mit dem äußeren Feinde schützen. Diese Tatsache, daß alle politischen Delikte den Militärgerichten überwiesen wurden, ist selbstverständlich für einen Menschen, der sein ganzes Leben in der Politik verbringt, nicht gleichgültig. Und es ist mir das nicht etwa nachträglich als Rechtfertigung eingefallen, sondern ich habe das von allem Anfang an in den verschiedensten Publikationen, in denen

ich die Schande Oesterreichs vor der Welt bloßlegen wollte, offen herausgesagt, weil ich damit klarmachen wollte, daß wir ein Staat sind, wie er in der ganzen Welt nicht mehr existiert. Immer wieder habe ich darauf hingewiesen, daß in Oesterreich die Justiz

zu einer Kriegsmaschine im Inland

herabgewürdigt wurde. Ich stehe auf einem andern Standpunkte als mein Verteidiger, der beantragte, daß sich dieser Gerichtshof für unzuständig erkläre. Ich glaube, daß jeder der Herren selbst, als Staatsbürger, nicht als Gerichtshof, sich fragen müßte, ob er sich überhaupt an einer derartigen Ungesetzlichkeit beteiligen kann. Sie müssen sich als Einzelpersonen alle darüber vollständig klar sein, daß diese Verordnung ungesetzlich ist. Als Privatperson weiß jeder der Herren, daß ein Senat von sechs Richtern derzeit in Oesterreich keine Rechtsgrundlage hat. Und doch entschließen sich die Herren, hier zusammenzukommen, um einen Senat zu bilden. Ich erkläre nun, daß ich in diesem Gerichtshof selbstverständlich keinen Gerichtshof erblicke, sondern daß Sie für mich sechs Herren sind, die sich entschlossen haben, sich die Autorität anzumaßen, ein Verfahren gegen mich fortzuführen, obwohl jeder einzelne von Ihnen persönlich weiß, daß das gegen das Gesetz ist. Ich möchte hinzufügen, daß, wenn ich hier vor Ihnen spreche, ich damit nicht zugebe, daß Sie ein wie immer geartetes Recht haben, sondern daß, wenn ich spreche, ich mich der Gewalt füge, der Tatsache, daß der Soldat, der mich hergebracht hat, bewaffnet ist und daß Sie, wenn Sie wollen, noch mehr Bewaffnete schicken können, daß ich mich also

als ein reines Opfer der Gewalt fühle

und nur dieser Gewalt entsprechend hier stehe, weil ich weiß, daß ich gegen die Gewalt nicht aufkommen kann. Ich betrachte also diesen Gerichtshof nicht als eine Rechtsinstitution, nicht als ein Organ des Gesetzes, sondern als das Organ einer verbrecherischen Regierung.

Ich habe dieses Beispiel der Rechtsunsicherheit hier erwähnt, nicht um die Herren persönlich zu verletzen — ich kenne die Herren ja gar nicht — sondern weil es wesentlich und für meine Verantwortung von außerordentlichem Be-

lang ist, daß Sie sich als nicht kompetent fühlen. Denn das ist das Entscheidende in Oesterreich und das erklärt meine Tat, daß es keine Instanz gibt, die bezüglich der ganzen österreichischen Verfassung kompetent ist. Jeder Mensch in Oesterreich sagt: Das geht mich nichts an, ich bin nicht kompetent. Verantwortlich ist eben derjenige, der diese kaiserlichen Verordnungen erlassen hat. Und wenn wir uns ganz klar sein wollen, so ist selbstverständlich der Kaiser nicht verantwortlich, weil er nach dem Staatsgrundgesetz eben unverantwortlich ist; die Minister sind verantwortlich. Die ganze Frage der Verantwortlichkeit ist so kompliziert, und nicht nur diese eine Frage, sondern alles, was in Oesterreich passiert und vor sich geht, weil sich der Oesterreicher in seiner Gemütlichkeit nicht als Staatsbürger, sondern als Untertan fühlt und sich die Regierungsorgane wiederum nicht kompetent fühlen, das zu prüfen, was „oben" geschieht.

Für die Ministerverantwortlichkeit haben wir einen eigenen Staatsgerichtshof, und damit komme ich nun zum zweiten wesentlichen Punkt. Denn Graf Stuergkh hat nicht nur gleich zu Kriegsbeginn den Volksgerichtshof, das Geschworenengericht, sistiert, sondern er hat auch — durch mehr denn drei Jahre — den Staatsgerichtshof sistiert, auch den Gerichtshof also, vor den er gestellt werden könnte. Den Volksgerichtshof hat er sistiert, indem er die Volksrichter beseitigte, aber die Staatsanwaltschaft, die Anklagebehörde, bestehen ließ; den Staatsgerichtshof wieder hat er sistiert, indem er die Mitglieder des Staatsgerichtshofes in ihrem Ehrenamt selbstverständlich in Ruhe ließ, aber die Anklagebehörde des Staatsgerichtshofes, die Volksanwaltschaft, das Parlament beseitigte. Er hat

jene Behörde, die die Anklage gegen ihn erheben könnte, außer Kraft gesetzt,

hat sie gegen das Staatsgrundgesetz drei Jahre lang nicht einberufen. Er hat sich also seinem Gerichtshof entzogen. Ja, er hat sich am letzten Tage, ehe er gefallen ist, noch in der gröblichsten Weise geweigert, sich mit ihm in eine Diskussion einzulassen. Als nämlich der Präsident Sylvester eine Obmännerkonferenz einberief, um die Wiederaufnahme der Parlamentsverhandlungen zu betreiben, ließ Graf

Stuergkh durch eine tschechische Korrespondenz der Welt verkünden, daß es für ihn keine Obmännerkonferenz gebe, daß er nicht hingehen werde, daß es ihm gar nicht einfalle, auch nur die gesetzlichen Voraussetzungen für jene Möglichkeit, das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz in Funktion treten zu lassen, zu schaffen.

So ist in ganz Oesterreich niemand kompetent als die Minister, und diese machen aus der Verfassung einen Fetzen und entziehen sich der Verantwortlichkeit. Da frage ich Sie, welcher Weg bleibt da noch übrig, wo es keine Institution gibt, vor der ich diese elf Leute zur Verantwortung ziehen kann? Welcher Weg als der der Gewalt? Ich will nicht von dem Recht auf Revolution reden. Die sozialdemokratische Partei, auf deren Programm ich immer gestanden bin und auch heute noch stehe, verwirft nicht die Gewalt und hat sie nicht verworfen, sondern sie hat in ihrem Programm erklärt, daß sie sich zur Verwirklichung ihrer Ziele aller zweckdienlichen, dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Aber ich habe eine andere Autorität für die moralische Berechtigung meines Handelns, nämlich die Auffassung jenes Mannes, der an jenem 21. Oktober an der Spitze der Justizverwaltung in Oesterreich gestanden ist. Ich stütze mich nicht auf irgendwelche philosophischen Theorien, sondern ich stütze mich auf das, was der Justizminister Hochenburger erklärte — allerdings nicht im Oktober 1916, sondern damals, als er — ich will nicht so weit gehen, zu sagen, als er noch Charakter hatte, sondern als er noch Charakter posierte . . . Das glaube ich wohl sagen zu können, denn er ist nicht mehr Minister.

Aus dem stenographischen Protokoll des Abgeordnetenhauses vom 5. November 1898 kann man erfahren, was Herr Hochenburger über derartige § 14-Verordnungen dachte und inwieweit er das Vorgehen gegen ein verfassungsbrecherisches Ministerium für berechtigt hielt. Sie wissen, daß damals der § 14 entdeckt wurde zum Zwecke des Verfassungsbruchs und daß damals jene Herren, die heute die Paladine des Absolutismus in Oesterreich sind, jene Deutschradikalen um Herrn Wolf herum, mit allem Pathos ihrer gut klingenden Entrüstung dagegen protestiert haben. Der Dringlichkeitsantrag, den sie einbrachten, ge-

nügte Herrn Hochenburger nicht, auch die Ministeranklage, die eingebracht wurde und seine Unterschrift trug, war ihm zu lendenlahm. Er fügte noch eine Begründungsrede hinzu, in der er sagte, der Mißbrauch des § 14 — es handelte sich damals um Verhandlungen, die gegenüber jenen, die Hochenburger später selbst gezeichnet, geradezu harmlos sind — werde sich blutig rächen; ungestraft werde das Recht in Oesterreich nicht mit Füßen getreten. Auch die Herren Sylvester und Hofmann-Wellenhof hielten derartige Reden, aber alle waren sie maßvoll im Vergleich zu dem, was Herr Hochenburger sagte. Unter anderem sagte er damals: Dem Herrn Ministerpräsidenten folgt der Fluch von Millionen, ein Fluch, der sich an seine Fersen heften wird wie das böse Gewissen an die Fersen des landesflüchtig gewordenen Verbrechers . . . . So handeln Mörder, die. nachdem sie ihr Opfer hingeschlachtet und alles geraubt haben, noch alles brandschatzen, um glauben zu machen, daß das die ausgebrochene Feuersbrunst getan habe; so handeln Bankverbrecher, die zum Schluß alles der Vernichtung preisgeben, um die Spuren der eigenen Untat zu verwischen. . . ." Und er verlangte eine Aenderung oder Beseitigung des Paragraph 14, damit er auch für ein Ministerium der Frivolität keine Handhabe mehr zu einem Staatsstreich biete, außer solch ein Herr Minister wolle das auf die Gefahr hin tun, am nächsten Laternenpfahl aufgeknüpft zu werden . . . . „Herr Ministerpräsident," rief er damals aus, „hüten Sie sich und treiben Sie die Dinge nicht auf die Spitze, denn Sie könnten sonst leicht die Erfahrung machen, daß sich ein gereiztes Volk sein Recht auch durch Selbsthilfe verschaffen kann, daß es auch heute noch ein Notrecht der Völker gibt."

So sprach Hochenburger, und ich habe das in unzähligen Artikeln vor dem Kriege behandelt; besonders oft verwies ich darauf im Wahlkampfe des Jahres 1911, in dem ja gegen Bienert die Verfassungslosigkeit als Wahlissue vorgeführt wurde. Es war schon vor dem Kriege meine Ueberzeugung, daß es eine Schande ist, in Oesterreich unter diesem System zu leben, und ich verweise auf die letzte Nummer meiner Zeitung „Das Volk", die dem Protest gewidmet war. Ein Jahr der Schmach, hieß es da, von der Ausrottung der böhmischen Verfassung, von der Oktroyierung der

neuen Steuern bis zur Oktroyierung der Veteranensäbel. Damals glaubte man, daß es das Aergste sei, aber es waren ja doch nur unbedeutende Dinge dem gegenüber, was am 25. Juli geschehen ist. Sie müssen sich nur die „Wiener Zeitung" von jenem Tage ins Gedächtnis rufen, wie dick sie war mit allen den Ausnahmeverfügungen, die zeigen, daß

alles vorbereitet war, lange vor Kriegsausbruch.

Mit klarem Bewußtsein haben Hochenburger und Stuergkh diesen Staatsstreich vorbereitet. Deshalb ist die moralische Rechtfertigung für meine Tat für mich als Staatsbürger eine vollkommene. Es ist nicht die Frage zu stellen, ob die Gewalt gerechtfertigt ist, sondern die Frage ist, wie komme ich als einzelner dazu? Nach meiner Meinung ist, wenn das Gesetz zertreten ist, jeder Staatsbürger berechtigt, sich sein Recht selbst zu schaffen. Nachdem sich die Regierung außerhalb des Rechtsbodens gestellt hat, ist jeder Staatsbürger berechtigt, sie außerhalb des Rechtsbodens zur Verantwortung zu ziehen; aber jeder Staatsbürger ist nicht nur berechtigt dazu, sondern auch verpflichtet. Und nur so eine verlotterte Bevölkerung, der jedes Staatsbewußtsein abhanden gekommen ist, kann sich das gefallen lassen. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob es auch zweckdienlich ist. Ich muß das hier meinem Verteidiger gegenüber erörtern, der sagen wird, es war nicht zweckdienlich, und es entspricht nicht den Ideen von der Taktik der Sozialdemokratie, es ist ein Abirren von den Prinzipien, die er vertreten hat. Ich will ihn der schwierigen Frage entheben, warum meine Tat, die meinem natürlichen Rechtsbewußtsein entspricht, auch unter den Ausnahmsbedingungen zweckdienlich gewesen ist.

Vorher noch ein Wort zu der Bemerkung des Staatsanwalts, daß ich so viele Jahre im Ausland gelebt habe — was ihm die ganze Tat erklärlich macht — weil mir dadurch das natürliche, mit dem Menschen verbundene Zusammengehörigkeitsgefühl zur Heimat verloren gegangen sei. Der Staatsanwalt will damit sagen, ich sei

ein Feind Oesterreichs.

Der Staatsanwalt verweist darauf, daß ich der „Arbeiter-Zeitung" patriotische Exzesse vorgeworfen habe, und

speziell darauf, daß ich dem Dr. Renner sein Oesterreichertum vorwarf. Ich werde nicht sagen, daß ich ein Patriot bin. Ich habe es nie gesagt, weder vor noch im Kriege, und Sie werden auch nicht glauben, daß ich, um Sie zu gewinnen, meine Ueberzeugung wegwerfe und sage: Ich bin ein Patriot. Sie werden später sehen, daß ganz andere Gedankengänge bei mir eine Rolle spielten. Ich habe das Wort Patriot in Oesterreich sehr oft als ein Schimpfwort gehört und das ist auch nicht verwunderlich, weil es mit dem Patriotismus in Oesterreich seine eigene Bewandnis hat. Lange vor dem Kriege wurde der österreichische Patriotismus nicht von Sozialdemokraten, sondern von Bürgerlichen als etwas Minderwertiges denunziert. Ueberall war das intellektuelle Bürgertum nicht patriotisch, sondern national, und ich kann nur darauf verweisen, daß jene Leute vom Deutschen Nationalverband, die sich jetzt so über das unpatriotische Vorgehen der Tschechen entrüsten, uns als ärgstes Schimpfwort das Wort von der k. k. Sozialdemokratie zugerufen haben. Zu jener Zeit, in der Hochenburger die von mir hier zitierte Rede gehalten, ist das deutsche Bürgertum auf dem Standpunkt gestanden, auf dem heute andere Nationen stehen, daß sein Ideal nicht Oesterrei sei, sondern der Nationalstaat, daß es zum Staate ihrer Nation gehört.

Nun hat sich im Laufe der Entwicklung ein

Funktionswandel des Vaterlandsbegriffs

in diesem Kriege geoffenbart. In früheren Zeiten hat es kein Vaterland gegeben, sondern nur Reiche, die man regiert hat. Seit den Siebzigerjahren ist das Ideal des Nationalstaates bei dem Bürgertum lebendig, und so wurde Oesterreich als ein Rückstand aller Zeit aufgefaßt, von dem sie erwarteten, daß es mit der Zeit in Nationalstaaten zerfallen müsse. Dieser Vaterlandsidee des Nationalstaats hat sich eine neue Vaterlandsidee entgegengestellt, daß es nicht mehr auf die Nation, sondern auf das Wirtschaftsgebiet ankommt. Das Bürgertum hat ein Interesse an der Erhaltung des Wirtschaftsgebietes Oesterreich, ein Interesse an Oesterreich nicht nur, sondern an der Gründung eines größeren mitteleuropäischen Reiches, selbstverständlich mit dem König von Preußen an der Spitze, dem

Oesterreich untergeordnet werden soll. Ihr Ideal ist nicht mehr die nationale Unabhängigkeit, sondern die nationale Herrschaft. Ihnen genügt die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat nicht mehr, sie wollen auch ein Reich schaffen von Berlin bis Bagdad, in dem das deutsche Volk, das ist die Bourgeoisie, die Herrschaft hat. Nun hat man zu Anfang des Krieges wahrnehmen können, daß das nationale und das wirtschaftliche Moment sich auch bei anderen Nationen geltend macht. Wir konnten z. B. sehen, daß auch bei den Tschechen das wirtschaftliche Moment mit den nationalen Interessen in heftigen Konflikt geraten ist. Aber derselbe Funktionswandel des Vaterlandsbegriffs hat sich auch innerhalb der Sozialdemokratie vollzogen. Wenn Bebel Bismarck aufs heftigste angriff, war es nicht nur, weil er das deutsche Kaisertum an Stelle der deutschen Republik errichtet hatte, sondern auch, weil er das Preußen-Deutschland an Stelle des Großdeutschland, für das damals die deutsche Demokratie und mit ihr die Arbeiterdemokratie gekämpft hatte, errichtete. Nun sehen wir in diesem Kriege, daß auch die Arbeiterschaft jenes Nationalitätenprinzip nicht mehr aufrechterhalten hat, sondern wir sehen Sozialdemokraten, die sich zu imperialistischen Gedankengängen bekehrt haben und ein Programm verfechten, worin sie nicht den deutschen Nationalstaat verteidigen, was der Verteidigung der Nation durch die Franzosen oder Belgier entspräche, sondern der Integrität des Deutschen Reiches, ja sogar einschließlich der Kolonien. Es hat sogar eine Periode im Kriege gegeben, wo man sich rein auf den Standpunkt der Macht gestellt hat, die internationale Stellung der Sozialdemokratie preisgab und von strategischen Sicherungen sprach. Es hat Sozialdemokraten gegeben, die soweit gegangen sind, sich der nackten Eroberungspolitik einer imperialistischen Bourgeoisie auszuliefern.

Mit jenen Worten des Staatsanwalts ist mir nichts anzuhaben. Ich sage nicht, daß es begeisternd ist, ein Oesterreicher zu sein. Ich halte es für ein Schicksal, das ertragen werden muß, für ein Schicksal umso mehr, wenn man einen Stuergkh als Leiter des Staates hat. Die Partei hat sich immer zu dem Grundsatze bekannt, Oesterreich wird ein Nationalitäten-Bundesstaat sein oder es wird

nicht sein, und es ist wirklich viel Mühe darauf verwendet worden, das Bewußtsein der Notwendigkeit der Demokratie in diesem Staate zu verbreiten. Ich weiß natürlich nicht, was aus diesem Staate in diesem Kriege noch werden wird. Wir müssen immer mit beiden Eventualitäten rechnen, und ich habe keine dieser Eventualitäten gefördert, sondern habe mich Oesterreich gegenüber auf den Standpunkt der striktesten Neutralität gestellt. Die Sache des Sozialismus, habe ich immer gesagt, ist eine viel größere Sache als die irgend eines temporären Staatengebildes, als daß wir sein Schicksal verbinden und kompromittieren dürften durch die zu innige Verflechtung mit dem Schicksal eines Staates, wie dies leider von gewissen meiner früheren Freunde tatsächlich geschehen ist. So wenig ich Anspruch darauf erhebe, Patriot genannt zu werden, so weise ich es doch zurück, als Antipatriot bezeichnet zu werden und ganz besonders, es als Beweggrund meiner Tat anführen zu lassen. Allerdings spielt Oesterreich in der Motivierung meiner Tat eine Rolle, aber nicht die staatliche, sondern die moralische Existenz Oesterreichs, der

österreichische Geist

ist es, der diese Rolle dabei spielt.

Schon am Gymnasium war mir klar, daß die größte Sünde, jene, die nicht vergeben werden kann, die

Sünde gegen den Geist

ist, das ist aber die in Oesterreich landesübliche Sünde. Und wenn Sie meine Tat und alles, was dazu geführt hat, verstehen wollen, so muß wie ein roter Faden durch alle Ihre Erwägungen führen, daß es die Empörung, der Widerstand gegen diese Sünde wider den Geist gewesen ist, die jedes mannhafte Auftreten in Oesterreich verhindert. Wir sind in einem Staate, den man einmal in der Gegenreformation mit Feuer und Schwert wieder katholisch gemacht hat. Wir sind ein Staat, in dem man Verachtung besitzt für die Ueberzeugung des Menschen, ein Staat, wo man niemals anerkennt, daß das einzelne Individuum nach seiner Ueberzeugung handeln soll. Es ist jener Staat des Metternichschen Geistes, der Oesterreich vor 1848 neben Rußland herabgedrückt hat, der Staat, der das freie Wort

geknechtet hat, um eine Sklavengesinnung in der Bevölkerung zu erwecken und zu erziehen. Es ist jener Staat, wo die Sklaven- und Bedientengesinnung alle Kreise der Bevölkerung zu Erscheinungen geführt hat, die als brennende Schande vor mir stehen.

Ich habe angeführt, was Hochenburger 1898 gesagt, und was er dann als Minister getan hat. Dieses Abgleiten von jeder Ueberzeugungstreue, diese Prinzipienlosigkeit ist es, die mir immer den tiefsten Haß nicht gegen Oesterreich als Staatsgebilde, sondern gegen Oesterreich als unmoralisches Gebilde, gegen den österreichischen Geist der Verlogenheit, eingeflößt hat. Dieser österreichische Geist, er besteht in allen Teilen und unter allen Nationen, alle sind sie durch ihn herabgewürdigt und in allen wird er mit Gesetzesverletzungen gezüchtet; es ist das der Geist jenes Lueger, der gesagt hat: Wozu braucht der Mensch ein Programm? Alles ist in der Politik nur Geschäft, er hat

keine Ueberzeugung,

und wenn Sie verstehen wollen, was mich hierher gebracht hat, dann ist es die Tatsache, daß dieser Geist der Verlogenheit in meine Partei Eingang gefunden hat, daß er gepräsentiert ist durch diesen Dr. Karl Renner, der nichts anderes darstellt als einen Lueger der Sozialdemokratie, der auch jenen Geist des Prinzipienverrats, der Gaukelei hineingebracht hat in unsere Partei, daß man sich immer schämen mußte, das auf sich sitzen zu lassen. In dieser ganzen Krise habe ich alle meine Energie immer darauf angewendet, den Schmutz, der von diesen Politikern an das, was mein ganzes Innere erfüllte, herankam, abzuschütteln. Immer wieder machte ich den Versuch, loszukommen, mich in Gegensatz zu denen zu stellen, die den Geist der Partei verraten. Das ist der wirkliche Zusammenhang meiner Tat. Es war ein Protest — einer der Proteste — gegen diesen Geist, der in die Partei eindrang. Ich bin nicht so naiv, etwa zu meinen, in der Politik könne man mit offenen Karten spielen. Mir ist der rohe politische Kampf immer unsympathisch gewesen. Ich habe nie eine Lüge gebraucht, auch eine Kriegslist nicht

verwendet, habe aber niemandem einen Vorwurf daraus gemacht, wenn er im Kriege — im politischen wie im wirklichen Kriege — zu Listen griff. Ich bin kein Wahrheitsfanatiker, aber was ich verlange, ist, daß man sich mit sich selbst im klaren sein muß, nach welchen Prinzipien man handelt. Es gibt auch Krompromisse zwischen Prinzipien und eine politische Partei darf nicht aus ihren verborgenen Prinzipien handeln, sie muß aus ihren eigenen Prinzipien handeln. Wir haben in der österreichischen Partei erlebt, daß sie aus anderen Prinzipien gehandelt hat: aus deutschnationalen Prinzipien, wie sie Leuthner, Pernerstorfer, Hartmann vertreten, denen nicht das höchste Gesetz die Internationale ist, und daß sie gehandelt hat, beeinflußt von Leuten, deren höchstes Prinzip der österreichische Staat ist, wie Dr. Renner. Ich habe die größte Achtung vor Pernerstorfer, der ein ehrlicher, offener Deutschnationaler ist, ich habe nichts einzuwenden gegen die Gesinnung; ich habe nur

Verachtung für eine Partei,

die sich einen politischen Gegner als Vorsitzenden gefallen läßt. Ich kann es verstehen, daß Leuthner auf rein deutschnationalem Boden steht, ich werde ihm deshalb die Achtung nicht versagen, aber daß eine sozialdemokratische Partei, die nach ihrem Programm eine internationale Partei ist und deren große Massen sich zu dieser internationalen Partei bekennen, sich gefallen läßt, daß ein Mann, der ein Deutschnationaler ist und gar nichts anderes als ein Offiziosus des Auswärtigen Amtes in Berlin, tagtäglich seine auswärtige Politik in der „Arbeiter-Zeitung" macht, das ist eine ganz andere Situation. Und die Situation wird kompliziert, wenn ein Dr. Renner aus allerlei möglichen halben Argumenten ein Argument der Demagogie zusammenbraut; denn nichts anderes ist es, wenn Dr. Renner auf demagogischem Wege seine innere Ueberzeugung des Oesterreichertums als wahre internationale Prinzipien in die Partei hineingeschmuggelt hat. Daß die Partei die Ehrlichkeit zu sich selbst verloren hat, das ist die große Frage, um die es gegangen ist und die mich hierher geführt hat.

Wenn der Staatsanwalt sagt, daß ich in der Partei ganz isoliert war, so muß ich demgegenüber feststellen, daß alle

die Verachtung, die ich für das österreichische System gefühlt habe, von der großen Mehrheit des Parteivorstandes geteilt wird, wo es eigentlich nur einen Mann gibt, der jede Willkür rechtfertigt, Dr. Renner. Dr. Renner kann man aber nicht zum Maßstab der Partei machen. Es kann sich also nur darum handeln, daß ich bezüglich des Attentats, bezüglich des Terrorismus isoliert war. Der Staatsanwalt schließt das daraus, daß ich darüber mit niemandem gesprochen habe. Aber das hatte doch seine sehr triftigen Gründe. Ich wollte nicht darüber sprechen, weil ich meine Freunde nicht mit der Verantwortung belasten wollte, die doch nur ein einzelner zu tragen hat, und weil ich sie nicht Gegenmaßregeln aussetzen wollte. Daß das Attentat zu verstehen ist, hat ein Aufsatz von Martow im „Neuen Leben" (der schweizerischen Monatsschrift für sozialistische Bildung) gezeigt, der die Motive vollkommen klargelegt hat. Der ganze Gedankengang ist dem Manne verständlich, weil er ein wirklicher Sozialdemokrat ist und lange genug in Oesterreich lebte, um das Elend dieses Staates zu begreifen.

Wenn ich nun die Situation vom Oktober rekonstruieren soll, so ist das einerseits schwer, weil sich in diesen sieben Monaten eine Welt ereignete. Andererseits aber auch leicht, weil sich in dieser Zeit die Welt in der verschiedensten Hinsicht meinem Standpunkt genähert hat. Vieles, was damals als absolute Absurdität aufgefaßt wurde, ist heute Gemeingut geworden. Betrachten Sie nur, mit welcher Verachtung der Staatsanwalt in seiner Anklage von der Internationale gesprochen hat. Der Internationalismus, von dem der Staatsanwalt sagt, daß er hinweggefegt wurde, ist im Kurs sehr stark gestiegen. Er ist geradezu die Hoffnung der Regierenden in Oesterreich geworden. Und wenn der Staatsanwalt mir vorwirft, daß ich in der Schweiz

in Kreisen von Umstürzlern

verkehrt habe, nun, der Verkehr mit jenen Umstürzlern wird heute von niemandem mehr gesucht als vom Grafen Czernin. Das sind jene Umstürzler, die heute ein gewisses Maß von Einfluß in Rußland haben und auf die die Friedenshoffnung aufgebaut wird. Ich sage nicht, daß mir diese Methode sympathisch ist, daß man sich an diese Leute

jetzt anklammert und daß unsere österreichischen Parteigenossen jetzt nach Stockholm gehen, nicht weil sie Internationale geblieben sind, sondern weil sie, die offiziellen Vertreter der sozialdemokratischen Partei, zusammen mit den Regierungssozialisten Deutschlands, als die Commis voyageurs des Auswärtigen Amtes nach Stockholm gehen.

Die Minorität in Oesterreich, die sehr klein gewesen ist in diesem Lande, wo man nicht reden konnte, während sie in Deutschland sehr groß war, diese Minorität wird in Stockholm nicht vertreten sein; aber daß von ihr in Stockholm gesprochen werden wird, dafür wird Ihr Urteil sorgen, und der wahre Gruß aus Oesterreich an die Stockholmer Konferenz und zugleich das wahre Urteil über Oesterreich wird das Todesurteil sein, das über mich ergehen wird.

Die Anklage behauptet, ich hätte ausgerufen: „Nieder mit dem Absolutismus! Wir wollen den Frieden!" Diesen Ruf hat kein Zeuge gehört. Es ist wahr, ich wollte für einen Frieden ohne Kriegsentschädigungen und ohne Annexionen demonstrieren. Aber wenn ich vor sieben Monaten das hier in diesem Saale gesagt hätte, hätte man mich für einen Toren gehalten, während heute diese Forderung unsere Regierung sehr stark beschäftigt. Am 23. Oktober war auch von der Verfassung in Oesterreich gar keine Spur zu erblicken, und heute stehen wir vor dem Zusammentritt des Parlaments, und die Notwendigkeit des Parlaments wird ganz anders anerkannt als damals. Ich habe auch demonstriert für die

revolutionäre Taktik.

Ich bin Zeit meines Lebens ein Revolutionär gewesen. Ich habe die Tagespolitik als ein Mittel der Revolution aufgefaßt und nicht die Revolution als eine Phrase der Tagespolitik. Wenn ich vor sieben Monaten von Revolution gesprochen hätte, würde man gelacht haben, daß jemand während des Krieges an eine Revolution denke, und der Verteidiger hätte mit Recht von Psychiatrie gesprochen. Heute aber wird die russische Revolution nicht nur in der „Arbeiter-Zeitung", sondern auch vom „Fremdenblatt" gefeiert. Allerdings waren ja die Herren immer für die Freiheit im Ausland begeistert, und heute sehen wir, daß auch die „Arbeiter-Zeitung" von der Revolution in Rußland schwärmt.

Wenn der Staatsanwalt von dem Milieu spricht, aus dem ich hervorgegangen bin, so meine ich, es ist für Sie sehr schwer, sich einen Begriff zu machen, denn es ist eine ganz andere Welt, in der ich lebte, als die, in der Sie zu leben gewohnt sind. Gestatten Sie hier einen Vergleich. Ursprünglich glaubte man, daß die Erde der Mittelpunkt der Welt sei, um die sich die Sonne und die Sterne bewegen. Und als Kopernikus sagte, daß diese feste Erde sich bewege, hielt man ihn zunächst für einen verrückten Menschen. Als das nicht ging, stellte man ihn vor das Inquisitionsgericht, das damals die Agenden eines Landwehrgerichts zu besorgen hatte (der Vorsitzende unterbricht) .... und machte ihm den Prozeß. Heute kann man bei nüchterner Betrachtung sagen, in gewissem Sinne haben beide recht, je nachdem man auf der Erde steht oder sich auf die Sonne versetzt. Beide Ansichten sind logisch möglich, wenn auch mit einander unvereinbar. *Man kann immer nur von einem Standpunkt aus argumentieren. Sie sind gewöhnt, vom Boden dieser Erde die Schützengräben des Völkerkampfes zu sehen, ich aber habe, so lange ich politisch denke, alle Hoffnungen auf jene*

Fronten des Klassenkampfes

gesetzt, die in der Welt existieren. Wenn man nun vom Standpunkte des Völkerkampfes argumentiert, kommt man zu anderen Resultaten und wird leicht sagen: Du bist ein Narr. Wenn man aber sieht, daß das nicht verfängt, wird man mir sagen: Du Lästerer, du Verbrecher, du Söldling der Feinde. Aber ich und meine Freunde in Deutschland sind ebensowenig Helfershelfer der Entente, wie unsere Freunde in Frankreich, in Rußland, in Rumänien und Italien, die den Gedanken der Internationalen vertreten, sich dazu hergeben wollen, Helfer der Zentralmächte zu sein. Diese Argumentation ist aus einer ganz andern Welt hergeholt. Aber es ist ein Unterschied, ob man die Welt von der Scheidemauer der Völker, die der Krieg aufgerichtet hat, ansieht, oder von jener Scheidemauer, die ich immer als die entscheidende angesehen habe, von der Scheidemauer der Klassen, die die Gesellschaft in Unterdrücker und Unterdrückte

scheidet. Wir Sozialdemokraten haben die Welt immer vom Boden des Klassenkampfes aus angesehen — bis zum Kriege, und haben alles andere in der Welt diesem höchsten Gesichtspunkt untergeordnet. Wir haben den Gedanken der Internationale als den höchsten angesehen; doch nun sehen wir, daß es Leute gibt, die uns sagen, man müsse den Standpunkt wechseln: im Frieden den Standpunkt des Klassenkampfes, im Kriege den des Völkerkampfes. Der Wechsel des Standpunktes je nach der Konjunktur ist dem Oesterreicher sehr verlockend. Aber wenn auch beide Standpunkte gleich richtig sind, der auf der Erde und der auf der Sonne, beide Standpunkte sind keineswegs gleichwertig. Denn von jenem Standpunkt des Kopernikus hat die Entwicklung der ganzen Naturwissenschaft begonnen, und der Standpunkt des Völkerkampfes, des Konkurrenzkampfes der Imperialismen, der führt die Welt ins Verderben, der führt zu Hunger und Verelendung und zur Ausrottung der Welt, er führt zu keiner höheren Entwicklung der Menschheit, weil er nur darauf ausgeht, eine Gruppe zu Herrschenden in der Welt zu machen.

Ob England die Weltherrschaft haben soll oder Deutschland, neue Kriege werden folgen, aber der

Standpunkt der Internationalen

ist ein höherer, weil an ihn die Zukunft des Menschengeschlechts, der Gedanke der Menschheit geknüpft ist. Wie wir immer gesagt haben: Indem wir den Klassenkampf des Proletariats führen, führen wir die Sache der Menschheit. Wenn ich von Menschheit und Fortschritt der Menschheit spreche, so verweise ich auf den Kongreß von Basel, der den Krieg verhindern wollte und der sagte: Das Proletariat ist sich dessen bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein. Dieser Gedanke der Menschheit macht den Klassenkampf des Proletariats zu einem höherwertigen. Und dieser Gedanke der Menschheit war es, der bei Ausbruch des Krieges von den Sozialpatrioten verraten wurde und zu dem man jetzt nicht mehr zurückfindet. Vor dem 1. Mai konnten Sie in der „Arbeiter-Zeitung" von diesem Gedanken der Menschheit lesen. Aber was mich unterscheidet von anderen Sozialdemokraten, das

ist, daß ich jene Ansicht der „Arbeiter-Zeitung", die sie seit drei Wochen wieder in demselben Sinne propagiert, wie sie das vor dem Kriege getan, auch in der Zwischenzeit propagiert habe, daß ich daran festgehalten habe.

Es war gewiß ein aufreibender Kampf, da ich meine Parteigenossen zur Moral der Internationalen zurückbringen wollte. Diese Moral der Internationalen sieht sehr naiv aus. Es ist dieselbe Moral, von der Marx 1864 gesagt hat, daß sie darin besteht, die einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit, die die Beziehungen zwischen Privatleuten regeln, auch als die obersten Gesetze im Verkehr der Völker untereinander zur Geltung zu bringen. Diese Moral der revolutionären Demokratie, die zum erstenmal in der großen Revolution aufgetreten ist, ist in der Verfassung von 1791 mit den Worten verkündet: Die Freiheit hat ihre sittliche Größe in der Maxime: Tue niemandem, was du nicht willst, das dir geschieht. Das ist sehr naiv, es ist die Moral der Demokratie, die jetzt wieder die russische Revolution aufgenommen hat und die dem Prinzip des Länderraubes, wie es aus Jahrhunderten ererbt ist, das Prinzip der Gleichberechtigung der Völker entgegensetzt, indem sie einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen anstrebt.

Wenn Sie meinen Kampf verstehen wollen, so müssen Sie wissen, daß es sich mir immer darum gehandelt hat, meine Parteigenossen zu diesem Programm zurückzubringen. Und Sie werden verstehen, welchen vollständigen Umsturz es für mich bedeutet hat, wie sich die Sozialdemokraten in Oesterreich verhielten. Wir befanden uns mitten in den Vorbereitungen für einen Internationalen Kongreß , und es war u. a. geplant, in der „Arbeiterzeitung" Artikel von Delegierten aus allen Ländern zu veröffentlichen. Nun erschien auf einmal am 5. August ein Artikel, der die Aufschrift trägt: „Der Tag der deutschen Nation", ein Artikel, der sich vollständig auf den Boden des Krieges stellt. „Diesen Tag des 4. August werden wir nicht vergessen," so begann der Artikel. Aber der Parteivorstand wollte diesen Tag doch gern vergessen machen und immer wieder wurde mir vorgehalten, wir in Oesterreich hätten

gehabt. Darauf habe ich stets geantwortet: Es hat in Oesterreich keinen 4. August gegeben — die Regierung Stuergkh hat uns überhaupt nicht gefragt —, aber es hat etwas viel Schlimmeres gegeben, einen 5. August, an dem jener Artikel in der „Arbeiterzeitung" gestanden ist, der uns weit über die Landesgrenzen hinaus geschadet hat und das besonders in Italien, wohin dieser Artikel telegraphiert wurde. Ich kam nun in fortwährenden Konflikt mit meiner Partei und meinen Freunden . . . .

Der Vorsitzende: Angeklagter, ich mache Sie wiederholt darauf aufmerksam, daß ich dieses Eingehen auf allerlei Einzelheiten, die nichts mit Ihrem Verbrechen zu tun haben, keineswegs länger dulden werde. Sie müssen sich auf die Hauptsache beschränken, falls Sie weitersprechen wollen.

Friedrich Adler: Ich befinde mich in einer sehr komplizierten Lage. Mit Kramarschek hat man sich sechs Monate beschäftigt, ich habe daher wohl das Recht, wenigstens so viel Stunden für mich zu beanspruchen. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit der Sozialdemokraten den Krieg nur als Verteidigungskrieg mitgemacht hat. Es ist verständlich, daß die Nation ihren Zusammenhang verteidigt, deshalb kann ich mir wohl denken, daß dieser Standpunkt zu verteidigen und zu rechtfertigen ist. Aber bald kam der Gedanke auf, daß wir die Niederlage, die wir von uns abwehren wollten, mit allen ihren Schrecken und ihrem Elend den anderen zufügen, daß wir über die anderen siegen wollten. Es war das der Gedanke, der in der „Arbeiterzeitung" vom 5. August folgendermaßen ausgedrückt wurde: „Wie immer die Würfel fallen mögen, mit der ganzen Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß sie siegreich für die heilige Sache des deutschen Volkes fallen." Dieses Wort „siegreich" wurde dann später immer stärker unterstrichen, und das war es, was den entscheidenden Streitpunkt bildete, da wir vom sozialdemokratischen Standpunkt aus keinen Nutzen aus dem Kriege ziehen sollen dürfen. Wie der Privatmann, der im Walde von einem Räuber überfallen wird, alle Kraft anwendet, um sich seiner zu erwehren, wenn

er ihn aber untergekriegt hat, ihm nicht die Taschen ausrauben wird, so dürfen wir auch im Verkehr der Völker untereinander

nicht auf das Niveau der Straßenräuber

herabsinken. Aber als wir auf der Reichskonferenz im März vorigen Jahres verlangten, der Parteivorstand solle mit dem größten Nachdruck verlangen, daß die Mittelmächte öffentlich für den Frieden eintreten und auf Annexionen und Entschädigungen verzichten, wurden wir nur lächerlich gemacht und von hundert Delegaten hatte ich sechzehn auf meiner Seite. Wenn ich im Anfange des Krieges befürchten mußte, daß ein kurzer siegreicher Krieg den Absolutismus auf Jahrzehnte verankern würde, so hat dieser lange Krieg mit allen seinen entsetzlichen Schäden und Verwüstungen den einen Vorteil gebracht, daß er Aufklärung über sich selbst schafft, daß er in den Organismus des Volkes das Gegengift des Krieges hineinträgt und jene Stimmung schafft, von der Goethe sagt: „Wer im Frieden sich wünscht den Krieg zurück, der ist geschieden vom Hoffnungsglück." Einem kurzen Kriege wäre ein jahrzehntelanger chauvinistischer Rausch auf beiden Seiten gefolgt, während dieser Krieg aus sich sozusagen den wahren Kriegspazifismus erzeugt. Denn die Aufklärung über den Krieg wird noch lange auch bei jenen Funder und Konsorten nachwirken, die den Krieg ehemals als Stahlbad der Völker gepriesen haben.

Es ist eine

große historische Tragödie,

die sich abgespielt hat, und nur im Rahmen dieser Tragödie bin ich und sind meine Motive zu verstehen. Es ist die Partei, die in einer historischen Periode die Trägerin des Gedankens der Menschheit hätte sein sollen, zu einem Mitläufer der Regierung geworden, zu einem Instrument von Tendenzen, die ihr fremd sein sollten. Ich sage nicht, daß die Schlechtigkeit einzelner Menschen daran schuld ist, es sind Fehler einzelner Menschen, daneben aber ist es eine große Tragödie, die in der Arbeiterbewegung selbst gelegen war, daß der bureaukratische Apparat dieser Arbeiterbewegung über die Zukunftsinteressen des Proletariats die Oberhand

gewonnen hat. Die Führer des Proletariats wollten als getreue Beamte die Organisation retten, aber sie haben das wirkliche Klasseninteresse verraten, haben die Internationale verraten, haben den Gedanken der sozialen Revolution verraten. Sie haben zwar kleine Vorteile für die Arbeiter während des Krieges erlangt, und ich bin der letzte, der nicht anerkennen wollte, was sie alles getan haben, um all die vielen Unbilden von den Arbeitern fernzuhalten, aber sie haben das Primat ihrer Existenz für ein Linsengericht verraten.

Diese Tragödie war nicht auf Oesterreich beschränkt. Nun sagt man, wenn ich meine Partei kritisiere, daß ich ein Querulant sein müsse, wenn ich in einem Lande, wo unsere Gegner von der Art der Christlichsozialen und der Nationalverbändler sind, solche Anwürfe gegen uns erhebe. Es war mir nie etwas so widerwärtig wie diese bürgerlichen Parteien in Oesterreich. Aber es war eine starke Erschütterung für mich, als ich erkannte, daß die österreichische Sozialdemokratie, die ich für das Höchste hielt, auch nur der Einäugige unter den Blinden in Oesterreich ist. Ich kann an die sozialdemokratische Partei nicht den Maßstab einer bürgerlichen Partei anlegen, sondern nur den Maßstab ihrer eigenen glorreichen Entwicklung, wenn ich erkennen will, was aus dieser Partei geworden ist. Und es hat mich geschmerzt, daß die Partei die Laster ihrer Gegner zum Teil angenommen hat.

Es war gerade der Parteivorstand, zu dem ich in Gegensatz kam, weil er immer mehr zu einer

kontrerevolutionären Institution

geworden ist. Ich bin immer mehr zur Ueberzeugung gekommen, daß eine Revolution in Oesterreich immer nur gegen den Parteivorstand stattfinden wird, daß der Parteivorstand immer nur ein Hemmungsorgan für eine revolutionäre Bewegung ist. Und für diesen Parteivorstand mußte ich als sein erster Sekretär arbeiten, mußte bei allen Sitzungen dabei sein, und immer klarer wurde es mir: wenn es einmal ernst wird, bin ich auf meinem Posten im höchsten Gewissenskonflikt zwischen meinen Amtspflichten als Sekretär und meinen Ueberzeu=

gungen. Ich kam zur Erkenntnis, daß eine Gesundung der Bewegung nur möglich ist mit einem ganz anderen Parteivorstand. Da hat insbesondere Seitz immer von Verantwortung gesprochen. Man müsse Gewalttaten entgegenwirken, weil der Parteivorstand die Verantwortung für das vergossene Blut hätte. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß man auch da die Verantwortung tragen muß. Das Geheimnis des ganzen inneren Konfliktes ist, daß die Partei in der langen Friedenszeit wohl Organisationen, Schriftsteller, Abgeordnete, kurz die ganze Zivilverwaltung hatte, aber keine Offiziere; daß sich niemand in Oesterreich eine Vorstellung gemacht hat, wie unter Umständen mit Gewalt vorzugehen wäre, sondern, daß man immer nur daran dachte, Unruhen zu verhindern. Die Tonart, in der man über die Gewalt geredet hat, hat Dr. Renner angegeben, und ich sah, daß man den Gedanken der Gewalt vor den Arbeitern diskreditieren wollte. Dr. Renner ist ein großer, begabter Demagoge, und er mag die Vorstellung haben, er werde durch dicke Bücher den Absolutismus des Stuergkh zu einem aufgeklärten Absolutismus machen. Aber mit besonderer Kunst hat er zu verschleiern versucht, daß es sich in Oesterreich wie auch in Rußland gar nicht um die soziale Revolution in erster Linie handelt, sondern um die bürgerliche Revolution, um die Abrechnung mit dem Absolutismus.

Durch diesen Gegensatz mußte ich zu einer

individuellen Aktion

kommen, weil die Partei, der Parteivorstand, die Führer von dem revolutionären Empfinden der Arbeiter abgerückt waren. Was ich zeigen wollte, ist, daß es unsere erste Aufgabe ist, den Arbeitern klarzumachen, daß es nur gegen den Parteivorstand und über den Parteivorstand hinweg einmal in Oesterreich zu einer wirklichen revolutionären Umgestaltung kommen wird, nur über sie hinweg es möglich ist, zur Gewalt, wie sie das Gewaltregime der Regierung herausfordert, zu kommen. Nun wird Dr. Renner sofort beweisen, daß die individuelle Aktion den sozialdemokratischen Prinzipien widerspricht und anarchistisch ist. Ich habe natürlich nicht die kindische Vorstellung gehabt, daß ich durch das Attentat den Absolutismus in Oesterreich beseitigen oder den

Frieden bringen werde. Ich bin kein Anarchist geworden. Der Anarchismus glaubt, daß die individuelle Aktion eine solche Rolle in der Welt spielen kann, ich habe es nie geglaubt, sondern ich stehe auf dem Standpunkt des Massenkampfes, der mit allen zweckdienlichen, dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mitteln — im Frieden mit parlamentarischen Mitteln, wenn der Absolutismus das Parlament vernichtet hat, auch mit Gewalt — von den Massen zu führen ist. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß der Massenkampf das Entscheidende ist und sein muß, und daß meine Tat eine ganz bescheidene individuelle Tat gewesen ist, nicht um den Massenkampf zu ersetzen, auch nicht, um ihn auszulösen, wie gewisse meiner Freunde geglaubt haben, ich hätte offenbar geglaubt, er werde jetzt plötzlich das Volk aufstehen. Was ich wollte, war, die psychologische Voraussetzung einer künftigen Massenaktion in Oesterreich zu schaffen, die Disposition dafür zustande zu bringen.

Ich wollte durch meine Tat nicht eine Revolution machen, sondern ich wollte die Voraussetzung schaffen, daß die Leute zu der Revolution Stellung nehmen müssen. Ich habe — wie ich dem Staatsanwalt gegenüber bemerken muß — während des ganzen Krieges niemals ein Wort von einer gewaltsamen Erhebung gesprochen, weil ich mir bewußt war, daß in jenem Milieu, in dem ich zu leben verdammt war, im Milieu dieses Parteivorstandes und dieser Partei, derartige Worte nicht gesprochen werden können, weil ihnen das Gefühl dafür verloren gegangen ist, daß nur durch die Tat Gewalt herbeizuführen ist. Die Leute hätten mich in ihrem Zynismus ausgelacht; was aber möglich und nötig war, nämlich ein Bekenntnis zur Gewalt abzulegen, ein Bekenntnis, das den Genossen sagen sollte: diesem Manne ist es ernst mit unserer Sache, er gibt, um das vor euch auszusprechen, sein Leben daran, das wollte und habe ich getan. Ich wollte, daß sie dazu Stellung nehmen, und sie haben Stellung nehmen müssen. Es wird sich kein Renner, kein Seitz mehr trauen, vor den Arbeitern in Oesterreich zu sagen, eine gewaltsame Aktion darf nicht sein. Das war es, was ich erzielen wollte und was mir wert genug war, in dieser Situation mein Leben einzusetzen, damit ich diese Leute zu einer Aenderung ihrer ganzen Haltung bringen könnte.

Der Einwand gegen Individualaktionen ist nicht stichhaltig. Meine Tat war eine Individualaktion im Rahmen der Masse, und ich habe nicht begriffen, daß jene Leute, deren ganze Tätigkeit in Individualaktionen, allerdings nur im Betteln bei Ministern bestanden hat, Individualaktionen verdammen, wenn sie gegen die Minister gerichtet sind. Die Partei hat bis 1889das Mittel der individuellen Bedrohung einzelner Behörden geübt. Es wurden in der Partei immer wieder einzelne Organe der Regierung individuell bedroht, bloßgestellt. Die damalige „Arbeiterzeitung" hatte eine eigene Rubrik zu diesem Zwecke „Wie man uns behandelt". Dort wurden alle die Bezirkshauptleute und anderen Feinde der Arbeiterklasse an den Pranger gestellt. Nicht das System, sondern die Individuen. Das war immer die Methode der Partei.

Ich will noch hinzufügen, daß ich meine Tat niemals überschätzt habe, weder vorher, noch in meinem ersten Polizeiverhör. Ich wünsche nicht, daß man die Tat überschätze, weder nach dem Objekt noch nach dem Erfolg. Ich wollte

dem revolutionären Geist wieder eine Stätte verschaffen.

Es war ein Bekenntnis zur Gewalt, es war aber auch eine symbolische Handlung, ein Gleichnis. Es sollte der Masse zeigen, was im großen Stile zu machen sei, daß man sein persönliches Leben einsetzen muß, daß man nicht Opfer inszenieren soll, aber daß man zum Opfer bereit sein muß. Es wird eingewendet, daß ich die Tat gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie begangen habe. Auch das stimmt nicht. Die Internationale hat auch Parteien eingeschlossen, die vor dem Kriege schon die Individualaktion in ihrem Programm gehabt haben. Es waren dies die Sozialrevolutionäre in Rußland. Ich war ihr Gegner und habe immer einen scharfen theoretischen Kampf gegen sie geführt. Die Massenaktion ist das Wichtige.

Der Einwand gegen Attentate, den ich anerkenne und der mir sehr viel zu denken gibt, der mir auch sehr viel zu schaffen gemacht hat, ist der, daß die Attentate und die ganze Politik der Verschwörungen, die der Absolutismus erzeugt, von der Polizei mißbraucht werden, um „Agents provoca-

teur" auszusenden. Derartige „Agents provocateur" waren in Oesterreich — aber ich will lieber von Rußland reden.

Mein Anschlag war ein singulärer, das heißt vereinzelter Fall, der in ganz besonderer Konstellation vorkommen kann. Ich wollte keine neue Kampfmethode in die Partei bringen, ich hielt es im Gegenteil für eine Abirrung der Partei, wenn lauter Attentate gemacht würden, aber es war mir klar, daß in ganz besonderen Fällen, in denen der revolutionäre Geist den Führenden in solchem Maße abhanden kommt, wie in diesem, daß, um diesen Geist neu zu beleben, auch eine singuläre Tat gestattet ist.

Aber es wäre falsch, die Tat als eine ausgeklügelte, rechnungsmäßige, als kalte, aus ausschließlich theoretischen Erwägungen entstandene zu werten, als eine, die nur vom Verstande diktiert gewesen wäre. Es hat dabei das Gefühl eine außerordentliche. eine doppelte Rolle gespielt. Einmal wegen der Schande der Partei und dann wegen der Schande, in die Oesterreich durch Stuergkh geraten ist. Beide Motive haben als Gefühlsmomente fortwährend auf mich eingewirkt. Von mir wurde einmal in einer Parteiberatung gesagt: So viel Manifeste und Resolutionen wie der Fritz Adler geschrieben hat, hat niemand während des Krieges hervorgebracht. Ich fühlte ordentlich immer das Bedürfnis in mir, gegen die Partei aufzutreten. Ich habe alles unternommen, um auf die Menschen einzuwirken. Meine Partei hat gegen die Schande Oesterreichs nicht die richtigen Mittel angewendet. Dieses Gefühl der Schande wurde auch von meinem Vater in demselben Maße und dem gleichen Grade geteilt. In diesem Punkte war er, trotz aller Differenzen, voll auf meiner Seite. Ich habe immer wieder versucht, diese Schande zum Ausdruck zu bringen. Ich hielt in Zürich eine Rede, derentwegen ich nach Paragraph 65a in Untersuchung gezogen wurde. Ich habe ein Manifest erlassen, ich habe meinen Freund Liebknecht veranlaßt, zum großen Entsetzen der Herrschenden im preußischen Abgeordnetenhause über diese Schande zu sprechen. Kurz, ich habe es mit allen Methoden versucht, auf die Oeffentlichkeit einzuwirken.

Ich will nun sagen, was auf mich besonders eingewirkt hat. Ich habe mich darüber in der Untersuchung mit allem

Freimut und in aller Ausführlichkeit geäußert, so daß ich mich heute kurz fassen kann. Ich will nur Dinge sagen, die jetzt schon bestehen, die man schon in den Zeitungen lesen kann, die alle notorisch sind. Ich will nur von

politischen Bedrückungen

sprechen. Das Gefühl, das ich hatte, war: Sind wir Hunde, daß man uns züchtigt, haben wir gar kein Ehrgefühl, daß wir uns das alles gefallen lassen? Alle diese Dinge können bewiesen werden, und sie werden bewiesen werden, sie entsprechen der Wahrheit.

Vor allem die Zensur.

Was es heißt, mit der Zensur im Kriege zu leben, welche Aufregungszustände das bedingt, kann man sich nicht vorstellen. Die einzige deutsche Zeitung, die verboten wurde, war das „Volk“, die von mir herausgegebene populäre Zeitung, und ich war damit zufrieden, wenigstens konnte das Blatt nicht gemißbraucht werden. Aber ich habe den „Kampf“ weiter geführt, unser wissenschaftliches Organ, mit großer Aufopferung und großen Schwierigkeiten, die darin bestanden, daß ich fortwährend in die schlimmsten Situationen kam. Ich muß schon ein paar Beispiele dafür anführen.

Ein Artikel ist mir wochenlang zurückgehalten worden. Eine Zeile wurde gestrichen. Andere Artikel sind monatelang bei der Zensur gelegen. Es war System darin.

Bei der Zensur ist ein Zug der Würdelosigkeit und der Unfähigkeit, die beständig mein Gefühl verletzte; es war das ein Zustand, der auf mein Gefühl niederdrückend wirkte. Da ich im Parteisekretariat mit der Abwicklung dieser Sachen zu tun hatte, war ich mit der Zensur und den Verhältnissen in der Provinz vertraut; und ich erlebte da oft Dinge, die der Uneingeweihte einfach für unmöglich und undenkbar halten würde. Mein Verteidiger bemühte sich, für diese unglaublichen Zustände Zeugen beizubringen, sie wurden abgelehnt.

Adler schildert nun eingehend die Zensurverhältnisse in Prag, wo man dem Redakteur des „Pravo Lidu“ auf der

Polizei sagte, man wolle ihm Artikel für das Blatt liefern, die im sozialistischen Sinne gehalten sein würden. Er habe nichts weiter damit zu tun, als sie aufzunehmen. Man habe dann diesem Redakteur vorgeschrieben, in welchen Lettern und an welchen Stellen Berichte und patriotische Artikel zu erscheinen hätten. Es sind dies alles Sachen, die der Würde des Journalisten widersprachen, und es entstand dadurch ein Blatt in Prag, das nirgends seinesgleichen hat, das die Infamie des Absolutismus mit der Charakterlosigkeit der Separatisten verkörperte. Ich ließ mein Blatt eher zugrunde gehen, ehe ich es hätte auf diese oder ähnliche Weise entwürdigen lassen. Weiter hat man mit Erpressung auf die Zeitungen zu wirken versucht. Darüber habe ich bei meinem letzten Besuche in Zürich gesprochen und bin dann auf Grund des Paragraphen 65 angeklagt worden.

Da man auch verlangte, daß auf einem sozialdemokratischen Parteihause zu Kaisers Geburtstag schwarz-gelbe Fahnen aufgezogen werden, ging der Abgeordnete Hillebrand zum Statthalter, um dort eine Beschwerde vorzubringen. Er erhielt die Antwort, das Ministerium habe den Auftrag erteilt, der in ganz Böhmen durchgeführt werden müsse.

Genosse Adler bespricht hierauf das Wirken der Justiz und besonders das der Kriegsjustiz, das ihn immer und immer wieder wegen ihrer schreienden Ungerechtigkeit empörte. In der „Neuen Freien Presse" erschien ein Gedicht, das anstandslos die Zensur passierte. Das hat nur ein paar Zeilen: „Das Lied der Mütter gegen den Krieg." Es war das Lied einer amerikanischen Mutter, die sich dagegen auflehnt, daß die Söhne zum Militär müssen, um dort von Söhnen anderer Mütter getötet zu werden. Das Lied fordert die Söhne auf, die Waffen fortzuwerfen, es ist ein gegen den Krieg gerichtetes Gedicht. Einer meiner Parteigenossen, Lang in Freiwaldau, fand das Gedicht, es gefiel ihm und er hatte den unglücklichen Einfall, sich das Gedicht abzuschreiben, es in fünfzehn bis zwanzig Exemplaren abzuschreiben und einigen Genossinnen zu geben. Er wurde vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt, dann aber zu fünf Jahren schweren Kerkers „begnadigt". Er sitzt nun in Möllersdorf und geht dort zugrunde. Ich wollte den Abgeordneten Müller, der die Sache genau kennt, als Zeu-

gen vorführen. Er wurde als Zeuge nicht zugelassen. Dieser Fall machte auf mich einen ganz besonders deprimierenden Eindruck, und ich machte es mir zur Pflicht, ihm durch die Veröffentlichung die denkbar weiteste Verbreitung zu geben.

Weiter geht Adler auf

die Tätigkeit der Landwehrgerichte

ein, er weist auf die Prozesse Markow, Kramarsch und andere hin, erklärt, daß es immer die gleichen Richter sind, die diese Prozesse führten, was allein schon darauf schließen lasse, daß man die „zuverlässigsten" Diener der Gerechtigkeit für diese Henkerarbeiten ausgewählt habe. Wenn Sie nicht wissen, wie die Stimmung in den Kreisen der Journalisten und anständigen Anwälte ist, so könnte ich Ihnen darüber Aufschluß geben.

Ich ging zum Prozeß Kramarsch mit meinem Vater; als wir hinaufstiegen, sagte er zu mir und wies dabei auf eine Aufschrift: „Es ist verboten, sich über die Richter zu unterhalten!" „Das ist höchst notwendig!"

Vorsitzender: „Ich verbiete Ihnen derartige Ausfälle. Sie legen da jemandem Worte in den Mund, die Sie nicht behaupten können. Ich beschränke Ihre Redefreiheit nicht, aber alles hat seine Grenzen.

Angeklagter (fortfahrend): Das Landwehrgericht hat mehr als 900 Jahre Kerker und 26 Tote verschuldet und darunter befindet sich jenes Schandurteil, das eine Frau für einen an ihren Mann geschickten Brief zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilte.

Adler bespricht nun die Absperrung Oesterreichs vom Ausland durch das Verbot ausländischer Zeitungen, die nach Deutschland anstandslos hereingelassen wurden, wodurch man das Wirken der Journalisten unterband. Er weist auf die zahlreichen Internierungen und Verhaftungen hin, die erst in den letzten Tagen durch die Verfügung des Kaisers eine Aenderung erfuhren. Er betont, wie er als Parteisekretär da fast zwei Jahre in Anspruch genommen wurde,

um alles zu regeln und zu ordnen. Man habe in Oesterreich zweieinhalb Jahre nicht gewußt, wer regiert.

Die Wirtschaft Stuergkh.

Rußland, von China nicht zu reden, hatte sein Parlament, Oesterreich keines; wir waren die einzig wirklich Degradierten. Wir hatten keine Volksvertretung. Bei den Geldausgaben brauchte man nicht gefragt zu werden, man gab sich keine Mühe, Rechenschaft zu geben. Dieser Zustand war für alle, die einen Funken demokratischen Gefühls besaßen, das Niederdrückendste und Entsetzlichste der ganzen Zeit.

Stuergkh war es, der in diesem Punkte die Hauptrolle spielte: eifervoller Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, nicht erst im Kriege, verbissener Gegner der Wahlreform im Wahlreformausschuß, und die Gegnerschaft gegen die Reform gruppierte sich um ihn. Dieser Mann ward später der Ministerpräsident. Und er wollte von Anfang an den Wahrheitsbeweis für seine alte Feindschaft führen und zeigen, daß das Parlament unmöglich sei; er wollte es ad absurdum führen, während andere Ministerien, zum Beispiel Beck, sich im Schweiße ihres Angesichts plagten, es arbeitsfähig zu machen, vielleicht nicht immer mit einwandsfreien Mitteln. Stuergkh sah mit Schadenfreude, wenn es versagte; er brachte es mit Absicht zur Vertagung.

Man merkte damals, daß Stuergkh große Pläne hatte. Offenbar wollte er das Parlament ausschalten. Es kam über die Schwierigkeiten der Steuerfragen hinweg, Stuergkh brachte es dann aber trotzdem zu Falle.

Als der Krieg kam, also die entscheidendste Frage für die Völker Oesterreichs, wurde das Parlament nicht einberufen; der wirkliche Absolutismus war da. Dieser reine Absolutismus, dem wir da ausgeliefert waren, war von ganz anderer Art als der in der Friedensperiode. Es war der offene Staatsstreich. Wie benahm sich nun die Regierung während des Krieges?

Stuergkh verhandelte mit den Deutschradikalen, mit Wolf und Konsorten, über Oktroyierung von neuen Verfassungsgesetzen. Diese Partei war ja auch zu jedem Staatsstreich

bereit. Ich erfuhr auch durch Abgeordnete, daß die ganze wirtschaftliche Zukunft Oesterreichs allein auf die zwei Augen Stuergkhs gestellt ward. Er übernahm es, ohne seine Kollegen zu befragen, den ganzen Ausgleich mit Ungarn und damit zugleich den Handelsvertrag auf zwei Jahrzehnte mit Tisza allein abzumachen und mittelst des Paragraphen 14 einzuführen. Jener Hunger infolge der Kriegsnot sollte weiter durch Jahrzehnte fortdauern. Nach diesem Ausgleich sollten Zölle für Lebensmittel erhoben werden, d. h. die Preise sollten hochgeschraubt und auch in normalen Zeiten die Aushungerung Oesterreichs bewirkt werden.

Stuergkh bewies sein Entgegenkommen nicht nur den Agrariern, sondern auch gegen Tisza selbst, der auch Erfolge gegen seine Antiagrarier brauchte. Tisza ließ sich die Erhöhung der Quote von zwei Prozent zusagen.

Dieses Verhältnis zwischen Tisza und Stuergkh war eines der entscheidenden Momente für die Politik in Oesterreich. Stuergkh hielt sich dadurch, daß er sich zum Knecht Tiszas erniedrigte. Dies die Situation, da kein Parlament tagte, niemand etwas zu sagen hatte, da das ganze Schicksal des Staates tatsächlich auf einen Mann gestellt war; er sagte, er mache alles und in Wirklichkeit tat er nichts.

Das Drängen nach dem Parlament wurde im Sommer immer stärker. Auch die Feudalen im Herrenhause kümmerten sich jetzt um die Verfassungsmäßigkeit. Man versuchte es, die Einberufung durchzusetzen. Aber Stuergkh setzte alles ins Werk, planmäßig, gewaltsam, mit kalter Berechnung, um das zu verhüten.

Der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten faßte in der ersten Hälfte des September 1916 eine Resolution, in der die Einberufung des Parlaments als unumgänglich gefordert wird. Stuergkh gab nicht nur Auftrag, daß die Bevölkerung nichts vom Inhalt dieser Kundgebung erfahre, sondern auch, daß die Oeffentlichkeit keine Kenntnis von der stattgehabten Sitzung erhalte.

In jener Sitzung wurde von Pernerstorfer noch mitgeteilt, in welcher Weise sich Stuergkh persönlich dafür einsetze, um die Einberufung des Parlaments zu verhüten und insbesondere dafür zu sorgen, daß der Kaiser von der ganzen Sache nichts erfahre. Stuergkh schloß den Kaiser von der

Außenwelt ab. Präsident Sylvester verlangte damals eine Audienz. Stuergkh verhinderte sie; derart schnitt er den Kaiser von der Bevölkerung ab.

Stuergkh war also der von allen Politikern anerkannte persönliche Hort des Widerstandes gegen die Wiederaufrichtung der Verfassungsmäßigkeit. Das war aber auch die Periode, in der allgemein geglaubt wurde, es werde das Parlament doch möglich sein; das war damals als die Feudalen ihre Konferenz hatten, als Sylvester eine Konferenz auf Mitte Oktober einberief.

Damit komme ich zu dem konkreten Tatsachenkomplex, der dem Attentat unmittelbar vorausging.

In jenem Moment waren Tatsachen vorhanden, die bezeugten, daß es auf absehbare Zeit ausgeschlossen sei, in Oesterreich verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen. Im September ließ man locker; es durfte vom Parlament geredet werden, ebenso von der Verfassung. Damals erfolgte die Aktion Sylva-Tarouca. Mitte Oktober aber setzte die scharfe Zensur von neuem ein; damals wurde in der „Arbeiter-Zeitung" nichts durchgelassen.

Am Tage vor dem Attentat wurde die Mitteilung von dem Auftrag gegeben, daß von der Wiederherstellung der Verfassung nicht mehr zu sprechen sei. Ferner wurde im Laufe der Aktion für das Parlament für den 23. Oktober eine Obmännerkonferenz von Sylvester ins Abgeordnetenhaus einberufen; da ließ Stuergkh erklären, und für mich war dies von entscheidender Bedeutung, daß für ihn diese Obmännerkonferenz nicht existiere, sie wäre keine Instanz, er gehe nicht darauf ein, er komme nicht hin.

Das dritte und endlich ausschlaggebende Moment, auch im Zuge jener Demonstrationen für das Parlament, bildete folgendes:

Mehrere Professoren der juristischen Fakultät der Wiener Universität beriefen eine Versammlung mit der Tagesordnung „Das Parlament" in den Musikvereinssaal ein. Referent sollte Professor Bernatzik sein, anschließen sollten sich Erklärungen Sylvesters und Pernerstorfers. Das war wirklich keine bedrohliche Veranstaltung, ich fürchte eher, sie war zu harmlos. Dem Zustandekommen dieser Versamm-

lung wurden zuerst große Schwierigkeiten bereitet, dann erklärte die Polizei, als Volksversammlung ginge sie nicht an, sondern nur als Paragraph 2 = Versammlung, beschränkt auf geladene Gäste.

Am 20. Oktober übernahm ich die telephonische Meldung, da Seitz nicht anwesend war, daß die Versammlung in beiden Formen verboten sei. Das war nicht nur wegen dieses konkreten Vorfalles wegen von außerordentlicher Bedeutung, sondern als Präzedenzfall für die Zukunft.

So war die Situation am 21. Oktober. Dann folgten die vier Revolverschüsse. Zwei Tage später sprach sich eine Konferenz bei Sylvester energisch für die Einberufung des Reichsrates aus. Acht Tage nachher war die Regierung Körber in Sicht — und ganz Oesterreich erklärte, die Lage wäre unerträglich und unmöglich gewesen, es mußte anders kommen. Und jeder Mensch fand es ganz natürlich, daß ein vollständiger Umschwung der ganzen Sache eintrete.

Der 21. Oktober war gleichsam der tote Punkt in mancherlei Richtung. Wenn das nicht geschehen wäre, hätten wir heute noch immer das Ministerium Stuergkh.

Ich hatte das Gefühl, daß man ersticken müsse, wenn nicht etwas geschehe, daß es einfach nicht mehr auszuhalten wäre, daß man sich die Situation nicht länger mehr gefallen lassen könne. Und ich fühlte, daß, wenn niemand aufschrie, ich aufschreien mußte.

Die Sozialdemokratie und das Ministerium Stuergkh.

Einen vorher vergessenen Punkt will ich hier einfügen: über die Stellung unserer Partei zum Ministerium Stuergkh=Hochenburger.

Die Beziehungen unserer Partei zum Ministerium waren abgebrochen. Kein Abgeordneter verkehrte mit Hochenburger. Es war so nicht möglich, über Justiz und Zensur Besprechungen zu haben. Die Partei kam auch seit April 1916 nicht in die Lage, die Beziehungen zu Stuergkh wieder anzuknüpfen. Es konnten jene, die es nicht im geringsten an patriotischer Aufopferung fehlen ließen und es an allem, nur nicht am Patriotischen mangeln ließen, nicht einmal mit Stuergkh sprechen; nicht einmal sie konnten es über sich bringen, mit diesem Manne zu verkehren.

Wir hatten eine Reichskonferenz, wo mein vorhin erwähnter Antrag abgelehnt wurde und sehr zahme Anträge der Regierung vorgelegt werden sollten, damit sie durchgelassen würden. Seitz brachte Stuergkh Abzüge des Memorandums, das wir übermorgen überreichen wollten. Das geschah, damit er informiert sei und gleich antworten könne. Hierauf erhielt Seitz einen Brief Stuergkhs, worin es hieß, daß er keinerlei Neigung habe, sich auf die Anträge einzulassen und eine briefliche Uebermittlung der Anträge für angemessen halte. Auf diesen Fußtritt hin taten die Sozialdemokraten das Geringste, was sie tun konnten, sie gingen nicht mehr zu ihm hin.

Das Attentat gegen die österreichische Moral.

So war die Situation am 21. Oktober. Ich habe schon gesagt, daß die Tat im wesentlichen nicht bloß ein Attentat gegen den Grafen Stuergkh war, sondern noch viel mehr gegen die österreichische Moral. Ich möchte aber auch noch sagen, daß Stuergkh ein Gegner war, den ich in gewissem Sinne achtete, weil er persönlich von dieser österreichischen Moral nicht angekränkelt gewesen ist. Er war aus anderem Holze als die, die ihn sich gefallen ließen. Er war kein Mann des Fortwurstelns, das Taaffe einst zum Regierungsprogramm erhoben, und worin es Baron Beck bis zur Meisterschaft gebracht hat, sondern er war ein Mann, der mit klarer Absicht und festem, unbeugsamen Willen etwas Bestimmtes anstrebte, nämlich die Aufrichtung des Absolutismus in Oesterreich. Er war einer, den man achten und mit dem man unerbittlich kämpfen mußte — kein österreichischer Lehmpatzen, sondern ein ganzer Mann, der sich eben bewußt auf den Boden der Gewalt stellte und den man daher nur mit Gewalt wegbringen konnte. Er war also ein Charakter, dem ich die Achtung nicht versagen kann. Die Achtung versage ich bloß den Oesterreichern, die sich Stuergkh gefallen ließen, ohne sich zur Wehr zu setzen und die durch ihr Verhalten den Beweis erbrachten, daß jedes Land den Stuergkh hat, den es verdient.

Zu den Erwägungen, die sich mit dem Grafen Stuergkh befaßten, gesellten sich übrigens gerade um diese Zeit noch recht deprimierende Erfahrungen auch innerhalb der Partei. Vor allem war es die ganze politische Situation, die nicht

die geringste Aussicht auf Frieden bot, die furchtbar auf mich einwirkte. Hoffnungslos sah ich auch dem für den 5. November zu erwartenden Arbeitertag entgegen. Was würde dabei herauskommen? Da werde ich wieder hingehen und beantragen, daß ein Frieden ohne Annexionen gefordert werden müsse und werde diesmal vielleicht Zuwachs von zwei oder drei Stimmen für meinen Antrag erhalten! Aber die andern werden ihn geschlossen niederstimmen, und so werde ich gegen den Unverstand der Massen nicht aufkommen. Ich muß ein anderes Mittel wählen, um sie zu erschüttern und aufzurütteln, und in dieser wie in vielen anderen Hinsichten hat denn auch dieses Mittel gewirkt. Die Resolution, die am 5. November angenommen wurde, war dann fast dieselbe, wie die von mir beantragte, fast dieselbe, die bisher immer abgelehnt worden war. Meine Handlung hat so gewirkt, wie sie sollte. Ich habe sie seither nicht bedauert und bin überzeugt, daß sie eine nützliche Handlung war — daß ich geleistet habe, was zu leisten war, um die Situation über den toten Punkt hinauszubringen, auf den sie gelangt war.

Die Internationale und Friedrich Adler.

Vorsitzender: Möchten Sie uns nicht etwas über den Gegensatz zwischen Ihnen und Ihrem Vater in der Internationale sagen?

Angeklagter: Das dürfte ein Mißverständnis sein. Es hat sich dabei um keinen wirklichen politischen Gegensatz zu meinem Vater gehandelt. Er war in Basel in der vorbereitenden Kommission, an der Bebel, Jaurès, Keir Hardie und Huysman teilnahmen. Ich habe in der Kommission gewünscht, daß geradeheraus gesagt werde, wie sich die Partei im Falle eines Krieges verhalten werde. Ich wollte kein Versteckspielen, sondern ich wollte, daß die Partei offen sage, was wir tun werden. Es handelt sich nicht um einen politischen Gegensatz. Politische Gegensätze sind erst nach Ausbruch des Krieges entstanden.

Vorsitzender: Ist die Idee des Attentates nicht durch die Gegensätze in der Partei entstanden?

Der Angeklagte schildert, wie ihm der erste Gedanke des Attentates kam, als er eingerückt war. Ich kam zur Land-

wehr, wurde aber nach dreizehn Tagen meines Herzleidens wegen nach Hause geschickt. Ich stand vor dem Problem: „Wirst du auf ihn schießen!“ Dann kam der Gedanke, im Kriege will ich nicht schießen.

Vorsitzender: Sie haben in der Voruntersuchung angeführt, daß, als Sie das Attentat ausführen wollten, der Gedanke an die Kinder und die Frau hemmend war.

Angeklagter: Ich bin nicht gefragt worden, es war das im Satze so formuliert. Ich weiß, daß die Einwendung erhoben wurde, ob es historisch zweckmäßig war, das Attentat auszuführen. Daß geschichtliche Taten nur von kinderlosen Waisen ausgeführt werden dürfen, steht außerhalb der Diskussion. Es lag in der Natur der Sache, daß die ganze Familie ins Unglück hineingebracht wurde. Nie ist mir der Gedanke gekommen, daß mein Vater ein Unrecht dadurch beging, daß er sein Vermögen der Partei opferte.

Adlers Schlußwort.

Nach den Plaidoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers erbat sich der Angeklagte Adler noch einmal das Wort und sagte:

Ich bin mir bewußt, heute zum letzten Male zu sprechen. und deshalb möchte ich die Motive, die mich leiteten, in ein paar Sätzen darlegen und aufklären, möchte sagen, wieso es kam, daß ich hier auf diesen Platz gekommen bin, und wie ich von meinem moralischen Standpunkte aus meine Tat auffasse.

Wenn man verstehen will, was in mir vorgegangen ist, dann muß man sich dessen bewußt sein, daß ich nicht der Antipatriot bin, als der ich hier dargestellt wurde, sondern daß ich unter dem Einfluß einer Nötigung handelte. Die Nötigung ergab sich daraus, daß ich mich von diesem Oesterreich nicht losmachen konnte, daß ich nicht von der Partei loskommen konnte, obzwar ich materiell keineswegs an sie gefesselt war. Meine Tragödie ist darin begründet, daß ich nicht loskommen konnte von der österreichischen Sozialdemokratie, nicht von der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. Ich will klarlegen, daß die Frage des Mordes für mich eine wirklich moralische Frage war. Ich bin Gegner jeglichen Mordes, und deshalb war das keine leichte Sache

für mich. Ich war immer der Meinung, daß das Töten eines Menschen etwas Untermenschliches ist; ich war mir aber auch darüber klar, daß wir in einer Zeit der Barbarei leben, daß wir gezwungen werden, Menschen zu töten. Der Krieg ist nach meiner Meinung etwas Untermenschliches, ebenso die Revolution, weil auch in ihr getötet wird. Wir verabscheuen aber den Mord, den gewaltsamen Tod. Unsere sittliche Aufgabe ist es, nach dem Wort von Marx zu arbeiten, um eine neue Gesellschaft zu schaffen, die nach innen kein anderes Ziel kennt, als die Arbeit, nach außen aber nur den Frieden.

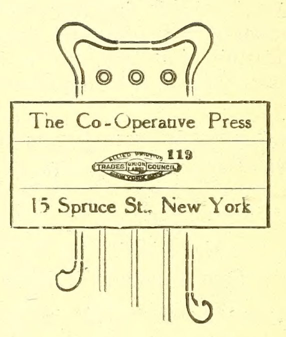
Zwei Lebensanschauungen ringen derzeit um Geltung in der Welt. Die eine offenbart sich uns in der großen Lehre des Christentums: „Du sollst nicht töten!“ Diese Lehre wird heute von den wahren Repräsentanten des Christentums vertreten und das sind nicht jene, die sie schänden, sondern jene, die von den „Christen“ geschändet und verlästert werden.

Ich weiß, welches Urteil meiner harrt. Ich werde nach dem Urteil in dem Geist unserer alten Hymne aus diesem Saale gehen, die für mich nicht Worte, sondern Evangelium sind:

„Nicht zählen wir die Feind', nicht die Gefahren all',
Und wär's zum Tod, denn uns're Fahn' ist rot.“

Ich weiß nicht, ob ich bald sterbe, oder ob das Schicksal mich zu endlosem Vegetieren verurteilt. Aber wenn es Ernst wird mit dem Sterben, dann habe ich nur den einen Wunsch, daß ich meine Nerven und Sinne bis zu jenem Augenblick zusammenhalte.

Und wenn ich jetzt Abschied nehme von allen, die ich geliebt habe und deren Liebe mein Glück gewesen ist, von allen Freunden und Kampfgenossen in allen Teilen der Welt, dann erinnere ich sie zum Abschied und zum Trost an die Tiefe und Reinheit des Ostergrußes: „Nicht alle sind tot, die begraben sind, denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!“


The Co-Operative Press
113
TRADES UNION LABEL COUNCIL
15 Spruce St., New York

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

No. 2 „Prohibition und Arbeiterklasse" von Hermann Schlüter . . . . 5 Cts.

No. 3 „Das Wesen des Sozialismus" von Morris Hillquit . . . . 10 Cts.

No. 4 „Sozialismus und Gewerkschafts-Bewegung", eine Debatte zwischen Morris Hillquit, Max J. Hayes und Samuel Gompers . . . . 25 Cts.

No. 5 „Für Frauenstimmrecht" von Meta L. Stern . . . . 5 Cts.

No. 6 „Die Internationale in den Vereinigten Staaten" in 10 Heften von Hermann Schlüter . . . . @ 10 Cts.

No. 7 „Die Ursachen der sozialen Unrast in Amerika" von J. Köttgen . . . . 10 Cts.

No. 8 „Die Deutsch-amerikanischen Arbeiter und das Kriegsproblem", von J. Köttgen . . . . 10 Cts.

No. 9 „Der Krieg und die Internationale" von Leon Trotzky . . . . 25 Cts.

No. 10 „Ich klage an!" Friedrich Adler's Rede vor Gericht . . . . 10 Cts.

No. 11 „Die Krise in der deutschen Sozialdemokratie" von Junius . . . . 25 Cts.

Sowie ferner:

Sozialistisches Arbeiter-Liederbuch von Hermann Schlüter . . . . 15 Cts.

Kriegserinnerungen eines deutschen Soldaten . . . . 25 Cts.

Zu beziehen durch den National-Uebersetzer

Ad. Dreifuss, 803 W. Madison Str., Chicago, Ill.

oder den Haupt-Vertriebsagenten der Deutschen Sprachgruppe:

Socialist Literature Co., 15 Spruce Str., New York